

Planungsvertrag
über
Ausführungsplanungs-, Ausschreibungs- und Vergabeleistungen der
Standortentwicklung Infrastruktur und Außenanlagen, Gutleutstraße 280

zwischen

Mainova Aktiengesellschaft

Solmsstraße 38

60486 Frankfurt am Main

– nachfolgend Auftraggeber oder AG genannt –

und

.....

– nachfolgend Auftragnehmer oder AN genannt –

-nachfolgend gemeinsam Parteien genannt-

wird folgender Planungsvertrag geschlossen:

Inhalte dieses Vertrags

§ 1 Gegenstand des Vertrages; Planungsziel	2
§ 2 Grundlagen des Vertrages	4
§ 3 Leistungsumfang	5
§ 4 Änderung des Vertrages und Vergütungsanpassung	7
§ 5 Vertragstermine	8
§ 6 Freigabe	10
§ 7 Verbindliches Budget, Kosten	11
§ 8 Ausführung der Leistung	11
§ 9 Projektteam	14
§ 10 Subplaner	14
§ 11 Honorar	15
§ 12 Abrechnung und Zahlung; Sicherheitsleistung / Bürgschaften	17
§ 13 Allgemeine Pflichten des Auftraggebers	20
§ 14 Abnahme	20
§ 15 Rechte des Auftraggebers bei Mängeln und Pflichtverletzungen; Verjährung	21
§ 16 Haftpflichtversicherung	22
§ 17 Beendigung des Vertrages, Kündigung	23
§ 18 Urheberrechte und Schutzrechte Dritter	24
§ 19 Sicherungshypothek	25
§ 20 Schlussbestimmungen	25

§ 1 Gegenstand des Vertrages; Planungsziel

1. Gegenstand dieses Vertrags sind Planungs- Ausschreibungs- und Steuerungsleistungen zur Ausführungsplanung und Vergabe der nachfolgend beschriebenen Infrastruktur-, Straßenbau und Außenanlagenmaßnahmen auf dem Gelände Gutleutstraße 280 des AG in Frankfurt am Main (im Folgenden GLS_280) insbesondere gemäß und auf Grundlage der **Anlage 1** zu diesem Vertrag.

Die Mainova AG beabsichtigt auf Ihrer Liegenschaft in der Gutleutstraße 280 in Frankfurt am Main die Realisierung mehrerer Neubauvorhaben, darunter ein „24/7 Gebäude“, ein Bürogebäude sowie ein Parkgebäude und ein neues Trafogebäude und eine Kältezentrale. Zudem soll ein denkmalgeschützter Hallenbau saniert und umgenutzt werden. Die Arbeiten hierfür haben bereits begonnen. Inhalt dieses Vertrags sind die Anpassungen der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur (Trinkwasser, Kühlwasser, Fernwärme, Elektro, TK, Schmutzwasser-HA, Regenwasser-HA) zur inneren Erschließung der Liegenschaft innerhalb Grundstücksgrenze bis zu den jeweiligen Übergabepunkten an den Gebäudekanten.

2. Der Auftraggeber überträgt dem Auftragnehmer und der Auftragnehmer übernimmt gegenüber dem Auftraggeber die Erbringung nachfolgender Leistung (nicht Zutreffendes streichen):

Los	Leistungsbild nach HOAI für Grundleistungen	Leistungsphasen
Los 1	Objektplanung Freianlagen nach §39 HOAI Objektplanung Verkehrsanlagen nach §47 HOAI Fachplanung Technische Ausrüstung nach §55 HOAI	Leistungsphasen 3 (nur für Straßen, Wege, Plätze) und 5-8 sowie besondere Leistungen
Los 2	Objektplanung Ingenieurbauwerke nach §43 HOAI Fachplanung Tragwerke nach §51 HOAI	Leistungsphasen 5-8 sowie besondere Leistungen
Los 3	Objektplanung Ingenieurbauwerke nach §43 HOAI Fachplanung Tragwerke nach §51 HOAI	Leistungsphasen 5-8 sowie besondere Leistungen
Los 4	Objektplanung Ingenieurbauwerke nach §43 HOAI Fachplanung Tragwerke nach §51 HOAI Fachplanung Technische Ausrüstung nach §55 HOAI	Leistungsphasen 5-8 sowie besondere Leistungen
Los 5	Fachplanung Technische Ausrüstung nach §55 HOAI	Leistungsphasen 3 und 5-8 sowie besondere Leistungen
Los 6	Objektplanung Gebäude und Innenräume nach §34 HOAI	Bauleistung auf Basis GU-Vergabe

4. Die Einhaltung von festen Terminen hat hohe Priorität bei der Entwicklung des Bauvorhabens, der Ausführungsplanung und der Ausschreibung.
5. Die Zielvorstellungen des Auftraggebers zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses (Planungs- und Überwachungsziele im Sinne von § 650p II BGB) sowie die hierfür erforderlichen Leistungen des AN werden durch die vom Auftraggeber bereitgestellten Entwurfsplanungen definiert.
6. Die Parteien sind sich darüber einig, dass die wesentlichen vertraglichen Planungs- und Überwachungsziele durch die in vorstehendem § 1 Ziff. 5 dieses Vertrages benannten Zielvorstellungen hinreichend definiert sind, so dass eine Zielfindungsphase im Sinne von § 650p II BGB entfällt. Das Sonderkündigungsrecht des § 650r BGB ist insoweit nicht einschlägig.
7. Die Vertragsleistung wird in mehrere Leistungsstufen unterteilt. Der Auftraggeber ist berechtigt, diese Leistungsstufen gemäß der Regelung in § 3 Ziff. 7 dieses Vertrags separat abzurufen.
8. Die vorstehenden Absätze beschreiben das vertragliche Planungs- und Leistungsziel.

§ 2 Grundlagen des Vertrages

1. Grundlagen des Vertragsverhältnisses sind in nachstehender Reihen- und Rangfolge:

a) Die Bestimmungen dieses Vertrages einschließlich seiner folgenden Anlagen:

1. die Bestimmungen dieses Vertrages,
2. das Honorarkalkulationsblatt (**Anlage 1**),
3. die zur Verfügung gestellten Entwurfsplanungen (**Anlage 2**),
4. die Projekt- und Leistungsbeschreibung: **Mainova – GLS 280 – Planungsleistungen Infrastruktur und Außenanlagen (Anlage 3)**,
5. die Schnittstellenmatrix (**Anlage 4**),
6. der Terminplan vom Büro BCL und KuK, Stand 28.05.2026, Index N (**Anlage 5**),
7. Musterbürgschaften Vorauszahlung, Vertragserfüllung, Mängelrechte (**Anlagenkonvolut 6a-c**),
8. Behördliche Auflagen / / Planungsvorgaben Mainova (**Anlage 7**), VDS z.B. auch
9. Sicherheitsvorschriften Mainova (**Anlage 8**),
10. Mainova CAFM /CAD-Dokumentationsrichtlinie, Version 1, Stand 01.05.2025 inkl. Musterdateien (**Anlage 9**).

b) Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung (HOAI 2021).

c) Die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Werkvertrag (§§ 631 ff. BGB), insbesondere diejenigen über den Architekten- und Ingenieurvertrag (§§ 650p ff. iVm §§ 631 ff. und §§ 650b ff. BGB).

d) Die auf das Bauvorhaben anwendbaren gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen und Auflagen, insbesondere bau-, gewerbe-, feuerpolizeilicher Art.

e) Die zum Abnahmezeitpunkt anerkannten Regeln der Technik/Baukunst, einschließlich aller für die Realisierung des Bauvorhabens einschlägigen Richtlinien und Normen, DIN-Normen sowie die VDI-, VDE-, VDS-Vorschriften.

f) Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden nicht Vertragsbestandteil, selbst wenn im Angebot des Auftragnehmers auf solche verwiesen wird.

2. Die vorgenannten Grundlagen des Vertrages sind dem Auftragnehmer bekannt. Der Auftragnehmer hat sämtliche Unterlagen und Pläne, die Grundlagen dieses Vertrages sind, verantwortlich geprüft. Er übernimmt diese in seinen Verantwortungsbereich. Der Auftraggeber haftet nicht für etwaige Fehler der Unterlagen und Pläne. Etwaige Fehler werden dem Auftraggeber auch nicht gemäß § 254 BGB ganz oder teilweise als Mitverschulden zugerechnet, es sei denn, der Auftragnehmer macht unverzüglich und in jedem Falle vor Verwendung der Unterlagen und Pläne schriftlich Bedenken geltend, die der Auftraggeber nicht ausräumt. Dies gilt auch für Unterlagen und Pläne, die der Auftraggeber gegebenenfalls noch liefert. Diese sind vom Auftragnehmer im Rahmen des von ihm zu verantwortenden Aufgabenbereichs zu überprüfen.

§ 3 Leistungsumfang

1. Der Auftragnehmer wird nach Maßgabe des Folgenden und auf Grundlage der **Anlage 3** alle die Planungsleistungen erbringen, die erforderlich sind, um das in § 1 bezeichnete Planungsziel zu erreichen (vertraglich vereinbarte Beschaffenheit). Dabei wird gemäß **Anlage 1** unterschieden in Grundleistungen, Besondere Leistungen und Optionale Leistungen. Der Auftragnehmer hat die vertraglichen Planungserfolge und -leistungen zu erbringen, ohne dass es hierzu einer besonderen Aufforderung durch den Auftraggeber bedürfte. Er hat dabei sparsam und wirtschaftlich zu handeln. Der Auftragnehmer hat schrittweise vorzugehen. Er hat zu beachten, dass Leistungen späterer Leistungsphasen erst in Angriff genommen werden dürfen, wenn der Auftraggeber die Leistungen der abgeschlossenen Leistungsphasen freigegeben oder seine schriftliche Zustimmung zur Fortführung der Arbeiten vor Freigabe erteilt hat. Er hat den Auftraggeber unverzüglich auf notwendige Handlungen hinzuweisen, sollte er feststellen, dass er bei Ausbleiben dieser Mitwirkungshandlungen in Terminverzug gerät.

2. Der Auftragnehmer wird nach den vorstehenden Maßgaben im Rahmen der Leistungsphasen – und im Rahmen der jeweils abgerufenen Leistungsstufen (vgl. § 3 Ziff. 7 dieses Vertrages) – die nachfolgend genannten, in der **Anlage 1** näher bezeichneten **Grundleistungen** bzw. Projektunterstützungsleistungen und sonstige Leistungen als Planungserfolge erbringen.

3. Der Auftragnehmer hat zudem – auf Grundlage der **Anlage 1** und im Rahmen der jeweils abgerufenen Leistungsbilder und Leistungsstufen (vgl. § 3 Absatz 7 dieses Vertrages) – die dort beschriebenen **Besonderen Leistungen** als Planungserfolge zu erbringen.

4. Der Auftragnehmer erbringt zudem – im Rahmen der jeweils abgerufenen Leistungsstufen (vgl. § 3 Absatz 7 dieses Vertrages) – Optionale Leistungen nach Maßgabe der **Anlage 1**.

5. Die Beauftragung des Auftragnehmers mit der Vertragsleistung erfolgt stufenweise nach Maßgabe der nachfolgenden Regelung:

a) Die Vertragsleistung wird in folgende Leistungsstufen unterteilt:

Der Auftraggeber geht von derzeit 3 Bauabschnitten aus (siehe auch Anlage 3) Die Abrufe der Stufen 2 und 3 erfolgen zusätzlich nach Bauabschnitten getrennt. Die Honorare ermitteln sich proportional nach den Anrechenbaren Kosten je Bauabschnitt.

Beinhaltet HOAI Lph.	BA 1	BA 2	BA 3
Lph 5 (bzw. 3 und 5)	Grundbeauftragung Stufe 1 für alle 3 BA		
Lph 6 + Lph 7	Stufe 2 BA 1	Stufe 2 BA 2	Stufe 2 BA 3
Lph 8	Stufe 3 BA 1	Stufe 3 BA 2	Stufe 3 BA 3

b) Zunächst beauftragt der Auftraggeber den Auftragnehmer nur mit den Leistungen der **Leistungsstufe 1** einschließlich der dazugehörigen Besonderen Leistungen.

Die Leistungen der weiteren **Leistungsstufen 2 und 3** inklusive der dazugehörigen Besonderen Leistungen kann der Auftraggeber später zu den Bedingungen dieses Vertrags abrufen, und zwar entweder vollständig oder beschränkt auf bestimmte Leistungsstufen, einzelne Leistungen der Leistungsstufen oder Leistungen für einzelne Bauabschnitte. Der Abruf weiterer Leistungen ist schriftlich zu erklären. Anspruch auf den Abruf weiterer Leistungen hat der Auftragnehmer nicht. Bei Nichtabruf steht ihm insoweit kein Honorar zu. Sonstige aus dem Nichtabruf resultierende Ansprüche des

Auftragnehmers, insbesondere solche auf Aufwendungs- oder Schadensersatz, sind ebenfalls ausgeschlossen.

c) Vor Ausführung der jeweils nächsten Leistungsstufe werden der Auftraggeber und der Auftragnehmer das Erreichen der vorherigen Leistungsstufe schriftlich dokumentieren und den jeweiligen Planungs- und Leistungsstand als verbindlich für die weitere Ausführung der Vertragsleistung festlegen. Die Dokumentation und verbindliche Festlegung des Planungs- und Leistungsstandes der jeweiligen Leistungsstufe stellt keine Teilabnahme der Vertragsleistung dar.

d) Bei der Beauftragung der jeweils nächsten Leistungsstufe wird der Auftraggeber berücksichtigen, dass der Auftragnehmer ggf. eine angemessene Dispositionsfrist zur Aufnahme der weiteren Leistungen benötigt. Diese Dispositionsfrist ist wie folgt vereinbart: Spätestens 2 Wochen.

e) Ruft der Auftraggeber die Leistungen der jeweils nächsten Leistungsstufe nicht spätestens 6 Monate nach Fertigstellung der Leistungen der vorherigen Stufe ab, ist der Auftragnehmer berechtigt, ihm für den Abruf eine Frist von [4] weiteren Wochen zu setzen. Nach erfolglosem Fristablauf kann der Auftragnehmer diesen Vertrag kündigen. Die Kündigung hat schriftlich zu erfolgen und ist dem Auftraggeber innerhalb von [2] Wochen nach Fristablauf zu erklären. Im Falle der Kündigung hat der Auftraggeber nur die Leistungen der vertragsgemäß und abnahmereifen ausgeführten Leistungsstufe(-n) zu vergüten.

f) Der Auftragnehmer kann aus der stufenweisen oder bauabschnittswisen Beauftragung der Vertragsleistung keine Erhöhung seines Honorars herleiten.

§ 4 Änderung des Vertrages und Vergütungsanpassung

1. Für Änderungen des Vertrags (Änderung) und das Anordnungsrecht des Auftraggebers gilt § 650q I iVm § 650b BGB mit den nachfolgenden Modifikationen:

2. Wenn nach § 650b I BGB ein Angebot über die Mehr- und Mindervergütung vorzulegen ist, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber dieses unverzüglich nach Erhalt des als solchen bezeichneten Änderungsbegehrens schriftlich vorzulegen. Ist der Auftragnehmer in diesen Fällen nicht in der Lage, ein Angebot innerhalb der vorstehenden Frist zu erstellen, hat er dies unverzüglich anzuzeigen; es gilt dann stattdessen eine angemessene Frist.

Das Angebot des Auftragnehmers muss prüfbar sein; § 5 Ziff. 7 ist zu beachten.

3. Die Kosten der Angebotserstellung trägt der Auftragnehmer. Dies gilt auch dann, wenn der Auftraggeber das Angebot des Auftragnehmers nicht annimmt oder von der Leistungsänderung ganz oder teilweise Abstand nimmt. Sind jedoch über das übliche Maß einer Angebotserstellung hinausgehende Planungsleistungen, z.B. in Form einer

Machbarkeitsstudie, zu erbringen, werden diese Leistungen auf Basis der Stundenverrechnungssätze oder über eine Pauschale vergütet. Erfolgt eine Beauftragung dieser angebotenen Änderungsleistung, wird das geschuldete Honorar auf die weitere Vergütung angerechnet.

4. Drohen dem Auftraggeber ohne eine unverzügliche Ausführung einer Änderung, die zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolgs notwendig ist (§ 650b I Nr. 2 BGB), schwerwiegende Nachteile (Gefahr in Verzug), ist der Auftraggeber berechtigt, die Änderung vor Ablauf der in § 650b II BGB genannten Frist anzuordnen.

5. Eine Einigung der Parteien nach § 650b II BGB bedarf der Schriftform.

6. Die Vergütungsanpassung für den Fall von Änderungen des Vertrags richtet sich nach § 650q II BGB.

7. Verlängern sich die vertraglich vorgesehenen Planungszeit und Bauzeit (§ 1 Ziff. 4) über die Vertragsfristen (§ 5) durch Umstände, die der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, um mehr als [12] Monate, ist der Auftragnehmer berechtigt, vom Auftraggeber ein zusätzliches Honorar in Höhe des ihm entstandenen Mehraufwands zu fordern.

Es wird davon ausgegangen, dass nur für den Anteil der Leistung, die im Verlängerungszeitraum liegt überhaupt ein Mehraufwand entsteht. Für diesen Anteil der Leistung wird das Honorar unter Anwendung des Preisindex des Statistischen Bundesamtes für „DL-IN-01 Baubezogene Ingenieurdienstleistungen“ fortgeschrieben.

§ 5 Vertragstermine

1. Grundlage der Planungsleistungen ist der Terminplan (**Anlage 5**) sowie die vom Auftragnehmer zu erstellenden detaillierten Terminpläne in ihrer jeweils letztgültigen Fassung mit den darin besonders gekennzeichneten Vertragsfristen. Die dort genannten Fristen sind verbindlich und gelten als Vertragsfristen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Leistungen innerhalb dieser Vertragsfristen zu erbringen.

2. Insbesondere werden folgende Vertragsfristen vereinbart (Bis Bezuschlagung nur Orientierungsrahmen für Bieter):

Verbindliche Zwischenfrist ab Zuschlag/Beauftragung	Los 1-5 (Los 6 soweit zutreffend)
Grundbeauftragung Stufe 1 Lph. 5 bzw. 3 und 5	Alle Bauabschnitte
1 A Pre-Check und Vorlage Abschlussbericht	+ 4 Wochen nach Zuschlag
1 B Nachbessern + Vervollständigen	+ 4 Wochen nach Vorlage Abschlussbericht
Abwicklungs- und Zahlungsplan	+2 Wochen nach 1A
Planlieferliste	+2 Wochen nach 1B
Erstes Leseheft (50 % AP)	+2 Monate nach 1B

Zweites Leseheft (90 % AP):	+4 Monate nach 1B
Finales Leseheft (100 % AP):	+5 Monate nach 1B (total = 7 Monate)
Stufe 2 Lph. 6+7	je Bauabschnitt getrennt
Erstes Leseheft (50 % AU):	+2 Monate nach jeweiliger Beauftragung
Zweites Leseheft (90 % AU):	+3 Monate nach jeweiliger Beauftragung
Ausschreibungsunterlage fertig (100 % AU):	+4 Monate nach jeweiliger Beauftragung (total = 4 Monate für 1. Bauabschnitt, Bauabschnitte 2 und 3 nachlaufend)
Stufe 3 Lph. 8	je Bauabschnitt getrennt
Leistungsbeginn Bauüberwachung	Mit Baubeginn jedes Abschnitts und Beauftragung

3. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber alle zwei Wochen in mit dem Auftraggeber abgestimmter Form den aktuellen Stand im jeweiligen Terminplan darzulegen, eventuelle Abweichungen zu kennzeichnen und zu erläutern. Wird erkennbar, dass die Vertragsfristen nicht eingehalten werden können, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber über die voraussichtlichen Verzögerungen schriftlich zu unterrichten. Äußert sich der Auftragnehmer nicht, kann sich der Auftraggeber darauf verlassen, dass der jeweilige Terminplan in seiner Durchführung nicht gefährdet ist, sofern nicht die Abweichung für ihn offenkundig ist.

4. Zu verbindlichen Vertragsfristen führen auch alle Termine, die im Rahmen von Planungs- und Bauherrenbesprechungen oder in Ablaufplänen einvernehmlich festgelegt werden. Wenn und soweit ein geordneter Bauablauf oder Projektfortschritt dies erfordert, ist der Auftraggeber nach Zustimmung durch den Auftragnehmer berechtigt, jeweils einen geänderten neuen Terminplan aufzustellen. Die Zustimmung des Auftragnehmers darf nur aus wichtigem Grund verweigert werden. Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass durch die Einwirkung Dritter der Fortschritt des Bauvorhabens aus Gründen, die weder Auftraggeber noch Auftragnehmer zu vertreten haben, behindert werden kann. Das Eintreten entsprechender Verzögerungen berechtigt den Auftragnehmer nicht, einem neuen Terminplan seine Zustimmung zu verweigern oder seine Zustimmung an Bedingungen zu knüpfen.

5. Entsteht zwischen den Parteien Streit über die Festlegung von Vertragsfristen, kann der Auftraggeber unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen und der Belange des Auftragnehmers Termine für die Planung gemäß § 315 BGB festlegen.

6. Überschreitet der Auftragnehmer Vertragsfristen, so kann der Auftraggeber ganz oder teilweise aus wichtigem Grund kündigen, wenn er dem Auftragnehmer zuvor eine angemessene Frist zur Einhaltung der Vertragsfristen mit der Androhung der Kündigung gesetzt hat, es sei denn, die Überschreitung beruht auf einem Umstand, den der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat. Weitergehende Rechte bleiben unberührt.

7. Wird für den Auftragnehmer erkennbar, dass der vorgesehene Planungs- oder Bauablauf nicht eingehalten werden kann, z. B. wegen unvorhergesehener äußerer Umstände oder wegen Anordnungen des Auftraggebers, z. B. solchen, die Planungsänderungen erforderlich machen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber hierüber umgehend und umfassend zu unterrichten.

§ 6 Freigabe

Der vom Auftragnehmer geschuldete Leistungserfolg wird mit fortschreitender Planung von den zwischen den Parteien abgestimmten und vom Auftraggeber freigegebenen Planungsergebnissen bestimmt. Der Auftraggeber hat dabei seine Vorgaben zu konkretisieren und sie dem Auftragnehmer möglichst frühzeitig mitzuteilen. Der Auftragnehmer hat diese Vorgaben zu beachten. Gibt der Auftraggeber Planungsergebnisse des Auftragnehmers frei (Freigabe), so ist der Auftragnehmer verpflichtet, seine weiterführenden Leistungen darauf aufzubauen. Die damit festgelegten Lösungen sind Grundlage für die weiterführende Arbeit des Auftragnehmers.

- Dokumente mit dem Status „Freigabe mit Kommentaren“ können für die weitere Planung verwendet werden, sofern den relevanten Kommentaren in der Planung Rechnung getragen wird. Der AN meldet dem AG zurück, wenn und welche Kommentare des AG nicht berücksichtigt werden. Der AN erstellt eine entsprechende aktualisierte Revision der Unterlage, diese wird dem AG zusammen mit den Erläuterungen, warum Kommentare nicht berücksichtigt wurden auf Abweichung gegenüber den vertraglichen Anforderungen durch den AG geprüft.
- Dokumente mit dem Status „Freigabe zurückgewiesen“ sind nicht für die weitere Planung zu verwenden und grundlegend anzupassen.

Freigaben oder damit verbundene Kommentare dienen nicht dazu, den AN vor Fehlern zu schützen, die er infolge der übernommenen Vertragspflichten zu verantworten hat. Die Freigabe bedeutet nur, dass der AN die Dokumente für die weitere Vertragserfüllung nutzen darf. Eine Abnahme oder Teilabnahme im Rechtssinne ist mit der Freigabe oder mit einem damit verbundenen Kommentar nicht verbunden. Für die Richtigkeit der Dokumente bleibt der AN ungeachtet der Freigaben oder der damit verbundenen Kommentare des AG allein verantwortlich, eine Freigabe oder ein damit verbundener

Kommentar begründet insbesondere kein Mitverschulden des AG oder eine Übernahme von fachlicher Verantwortung durch den AG, sämtliche Rechte des AG bleiben unberührt.

Sofern und soweit vom AN gelieferte Pläne oder Unterlagen möglicherweise eine Veränderung des Leistungssolls beinhalten, führt die Freigabe oder ein damit verbundener Kommentar des AG nicht zu einer konkludenten Anweisung zur Leistungsänderung im Sinne des § 4. Im Rahmen der Einsichtnahme und Freigabe durch den AG vereinbaren die Parteien ausdrücklich, dass die Leistungen des AN ausschließlich im Rahmen der vertragsgerechten Erfüllung geplant und erbracht werden und dass Planungsleistungen immer zum erforderlichen Leistungssoll des AN gehören, Einsichtnahme und Freigaben also keine davon abweichende Leistungsanordnung darstellen. Der AN hat Änderungen gegenüber allen dem AG überlassenen Dokumenten ausdrücklich als solche zu kennzeichnen.

Der AG darf die Freigabe insbesondere verweigern, wenn Dokumente fehlerhaft, unvollständig oder widersprüchlich sind. Dies wird der AG jedoch nicht willkürlich oder ohne Anlass und nur mit Angabe von Gründen, insbesondere Fehlern, vornehmen. Dem AN steht in einem solchen Fall kein Anspruch auf Kostenerstattung oder Terminverschiebung wegen aus diesen Fehlern resultierender Verzögerungen zu. Der AN hat in einem solchen Fall, alle Fehler zu beseitigen und die Unterlagen erneut unverzüglich vorzulegen.

§ 7 Verbindliches Budget, Kosten

1. Hinsichtlich des vom AN zu erbringenden Detaillierungsgrads der Kostenermittlungen gilt, dass diese gemäß der DIN 276 zu erbringen sind, jedoch mit der Konkretisierung, dass die Kostenermittlungen sich an der Struktur der vom AN zu erstellenden, späteren Leistungsverzeichnisse aus der Leistungsphase 6 zu richten haben.

2. Sobald zusätzliche Kosten gegenüber dem Budget erkennbar werden, muss der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich über den Grund und die Mehrkosten im Einzelnen schriftlich informieren. Weiter muss er Einsparungsmodelle entwickeln und schriftlich vorschlagen, um die Einhaltung oder nach Möglichkeit Unterschreitung der Kosten sowie eine spätere optimale wirtschaftliche Nutzung sicherzustellen. Sind die Mehrkosten nicht vom Auftragnehmer zu vertreten, so bedarf die Entwicklung von Einsparmodellen gesonderter Beauftragung durch den Auftraggeber. Hierfür gelten die Regelungen über Leistungsänderungen gemäß § 4 dieses Vertrages entsprechend.

3. Entfällt

4. Entfällt

5. Entfällt

§ 8 Ausführung der Leistung

1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die ihm vom Auftraggeber übertragenen Leistungen nach den allgemein anerkannten Regeln der Baukunst, der Bautechnik und den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit zu erbringen.
2. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber im Rahmen der vereinbarten Leistungen über alle bei der Durchführung seiner Aufgaben wesentlichen Umstände, insbesondere über Qualitäts-, Termin- oder Kostenabweichungen unaufgefordert oder auf entsprechendes Verlangen des Auftraggebers unverzüglich zu unterrichten und dem Auftraggeber Lösungsvorschläge zu unterbreiten und auf mögliche Einsparungen hinzuweisen.
3. Müssen Entscheidungen des Auftraggebers eingeholt werden, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich ausreichende, bewertete Entscheidungsalternativen mit begründeten Empfehlungen vorzulegen und ihn bei der Entscheidungsfindung zu beraten.
4. Soweit der Auftragnehmer Unterlagen bzw. Vorgaben und Entscheidungen für die Ausführung seiner Leistungen benötigt, ist er verpflichtet, den Auftraggeber so rechtzeitig schriftlich darauf hinzuweisen, dass der Auftragnehmer selbst seine Leistungen rechtzeitig erbringen kann.
5. Erhält der Auftragnehmer Unterlagen oder Auskünfte vom Auftraggeber, insbesondere auch Planungsleistungen von im Auftrag des Auftraggebers tätigen Planern, so hat er diese auf ihre Verwertbarkeit zu überprüfen, insbesondere darauf, ob sie vollständig und zutreffend sind.
6. Der Auftragnehmer wird seine Leistungen unter durchgängiger Verwendung eines CAD-Systems erbringen. In allen Leistungsphasen wird er sämtliche relevanten Daten in den zuvor abgestimmten Formaten an alle Beteiligten weiterleiten. Es besteht kein Anspruch des Auftragnehmers auf eine verpflichtend zu verwendende Formatvorlage wie bspw. 3D-Datensätze für zu integrierende Planungen Dritter.
7. Bedenken gegen Entscheidungen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
8. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber über die Notwendigkeit der Einschaltung von Sonderfachleuten (z. B. für Baugrund, Statik, Haustechnik, Brandschutz) so rechtzeitig zu beraten, dass die Sonderfachleute ohne Verzögerung für das Bauvorhaben beauftragt werden können. Werden Sonderfachleute beauftragt, hat der Auftragnehmer die von diesen erbrachten Leistungen fachlich und zeitlich zu koordinieren, mit seinen Leistungen abzustimmen und diese in die Planung einzuarbeiten.
9. Soweit es seine Aufgabe erfordert, ist der Auftragnehmer berechtigt und verpflichtet, die Rechte des Auftraggebers zu wahren, insbesondere hat er den am Bau Beteiligten die notwendigen Weisungen zu erteilen. Ohne vorherige Zustimmung des Auftraggebers darf der Auftragnehmer aber finanzielle Verpflichtungen für den Auftraggeber nur eingehen

und/oder kostenerhöhende Maßnahmen nur anordnen, wenn Gefahr im Verzug und das Einverständnis des Auftraggebers nicht rechtzeitig zu erlangen ist.

10. Der Auftragnehmer hat seine Leistungen prüfbar abzurechnen und in seinen Rechnungen die Mehrwertsteuer auszuweisen, sofern nicht die Kleinunternehmerregelung nach § 19 UStG angewendet wird (§ 16 I 1 HOAI).

11. Die Planvorlagen, Pausen der Originalzeichnungen und sämtliche sonstige das Bauvorhaben betreffende Unterlagen (verkörpert und elektronischer Form) stehen dem Auftraggeber zu. Der Auftragnehmer wird diese Unterlagen dem Auftraggeber in dreifacher Ausfertigung in Papierform sowie zusätzlich digital als CAD-Datei (dwg- oder dxf-Format) und pdf-Datei spätestens bei der Abnahme übergeben. Soweit Unterlagen nicht an den Auftraggeber zu übergeben sind, kann der Auftragnehmer diese nach Ablauf von 10 Jahren nach Abnahme seiner Leistung vernichten, wenn er dem Auftraggeber zuvor ihre Übernahme angeboten hat und dieser die Übernahme abgelehnt hat. Die Kosten sind bereits in der Vergütung enthalten

12. Der Auftragnehmer hat die Anregungen und/oder Anordnungen des Auftraggebers zu beachten. Hält der Auftragnehmer solche Anregungen oder Anordnungen für falsch oder nicht sachdienlich, so hat er dies dem Auftraggeber unter Darlegung seiner Gründe schriftlich mitzuteilen. Auftraggeber und Auftragnehmer werden sich bemühen, Einvernehmen herzustellen.

13. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber die auf Grundlage dieses Vertrages erstellten Planungsunterlagen und -ergebnisse zu erläutern, insbesondere nach Abschluss einer Leistungsphase erstellte Planungsergebnisse. Soweit der Auftragnehmer Anpassungen in den Planungsergebnissen aufgrund von Anregungen oder Änderungen des Auftraggebers vorgenommen hat, sind auch diese Anpassungen dem Auftraggeber zu erläutern. Der Auftragnehmer teilt die Übersendung der Planungsergebnisse rechtzeitig mit, damit die Parteien einen geeigneten Termin zur Erläuterung der Planungsergebnisse vereinbaren können.

14. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, regelmäßige Planungs- und Projektbesprechungen zu organisieren, an denen die maßgeblichen Subplaner teilnehmen sollen. Der Auftraggeber ist dazu rechtzeitig einzuladen und schriftlich über die Besprechung und deren Ergebnis zu informieren.

15. Die Haftung des Auftragnehmers für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Leistungen wird durch die Anregungen, Anordnungen oder Zustimmungen des Auftraggebers nicht eingeschränkt. § 254 BGB (Mitverschulden) bleibt unberührt.

16. Der Auftragnehmer ist gegenüber dem Auftraggeber verpflichtet, im Hinblick auf sämtliche ihm zugänglichen Kenntnisse und Informationen über das Bauvorhaben Dritten gegenüber Verschwiegenheit und Vertraulichkeit im Sinne eines Geschäftsgeheimnisses und auch in Bezug auf die besondere Bedeutung der Planung des

„Infrastruktur und Außenanlagen“ als Teil der Kritischen Infrastruktur (KRITIS) zu wahren. Dies gilt für sämtliche im Rahmen dieses Vertrages von ihm eingesetzten Personen (z.B. Mitarbeiter) und z.B. Subplaner, Lieferanten, welche jeweils ihrerseits entsprechend zur Vertraulichkeit zu verpflichten sind.

§ 9 Projektteam

1. Herr/Frau wird zum Projektleiter des Auftragnehmers bestimmt. Sie/Er ist gegenüber dem Auftraggeber zur Vertretung des Auftragnehmers ermächtigt.

Herr/Frau wird als stellvertretender Projektleiter des Auftragnehmers benannt. Er/Sie ist gegenüber dem Auftraggeber zur Vertretung des Auftragnehmers bevollmächtigt

2. Der Projektleiter leitet die Ausführung der Vertragsleistung. Er/Sie steht dem Auftraggeber für alle Bereiche als ständiger Ansprechpartner und Koordinator zur Verfügung und darf ohne seine Zustimmung des Auftraggebers nicht ausgewechselt werden. Bei Auswechslung hat der Auftragnehmer für einen gleichwertigen Ersatz zu sorgen.

3. Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes kann der Auftraggeber die Auswechslung des Projektleiters oder sonstiger Mitglieder des Projektteams verlangen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn ein Mitarbeiter des Auftragnehmers nach Einschätzung des Auftraggebers die notwendige fachliche oder persönliche Eignung für die Erfüllung seiner Aufgabe vermissen lässt oder mit den anderen am Bau Beteiligten nicht kooperativ zusammenarbeitet.

4. Auftraggeber und Auftragnehmer benennen außerdem die nachfolgenden verantwortlichen Ansprechpartner:

–Herr/Frau (Auftraggeber)

–Herr/Frau (Auftragnehmer)

Die Ansprechpartner müssen in der Lage sein, im Rahmen der Vertragserfüllung jederzeit verbindliche Erklärungen abzugeben. Zur Abgabe von rechtsgeschäftlichen Erklärungen sind sie jedoch nicht befugt und nicht verpflichtet. Für den AG ist dies alleine der Zentraleinkauf der Mainova Aktiengesellschaft.

§ 10 Subplaner

1. Der Auftragnehmer ist nach Maßgabe der folgenden Regelungen berechtigt, im eigenen Namen Dritte zu beauftragen, die ihm obliegenden Leistungen zu erfüllen (Subplaner). Diese werden als Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers tätig.

2. Der Auftragnehmer beabsichtigt, die nachfolgend aufgeführten Subplaner für die jeweiligen Einzelleistungen zu beauftragen:

.....

Der Auftraggeber kann dem widersprechen, wenn von ihm darzulegende tatsächliche Umstände wichtige Gründe ergeben, die es wenig wahrscheinlich erscheinen lassen, dass der Subplaner die Vertragspflichten verlässlich erfüllen wird. Stellt der Auftraggeber während der Dauer des Vertragsverhältnisses solche Gründe fest, kann er vom Auftragnehmer verlangen, dass dieser den Subplaner austauscht.

3. Der Auftragnehmer hat die Verträge mit den Subplanern in der Weise zu gestalten, dass sie insbesondere im Hinblick auf Termin- und Kostensicherheit sowie Ansprüchen wegen mangelhafter Planung und Versicherungspflicht den zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer geregelten Pflichten entsprechen. Der Auftragnehmer hat in den Verträgen mit den von ihm eingesetzten Subplanern weiterhin zu vereinbaren, dass eine weitere Untervergabe nur nach Einwilligung des Auftraggebers zulässig ist.

4. Der Auftraggeber kann vom Auftragnehmer verlangen, dass der Auftragnehmer vom Auftraggeber bestimmte Subplaner mit Leistungen beauftragt, die der Auftragnehmer zu erfüllen hat. Der Auftragnehmer kann, dem aus wichtigem Grund widersprechen, wenn er konkrete Bedenken gegen die fachliche Eignung oder Qualität des vom Auftraggeber bestimmten Subplaner hat. Die so bestimmten Subplaner werden ebenfalls als Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers tätig. Der Auftragnehmer ist in vollem Umfang für die Leistungen des Subplaners verantwortlich, auch wenn einzelne Leistungen des Subplaners zunächst im Auftrag des Auftraggebers ausgeführt und vom Auftragnehmer später übernommen worden sind. Der Auftraggeber ist verantwortlich dafür, dass er den von ihm bestimmten Subplaner dahingehend ausgewählt und geprüft hat, ob er hinreichende Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit besitzt.

5. Der Auftragnehmer hat die Planungs- und Geschehensabläufe der von ihm beauftragten und/oder vom Auftraggeber bestimmten Subplaner in technischer, terminlicher, vertraglicher und wirtschaftlicher Hinsicht zu koordinieren, zu steuern und zu überwachen. Die Kommunikation zwischen Subplaner und Auftraggeber erfolgt ausschließlich über den Auftragnehmer. Der Auftragnehmer stellt aber sicher, dass die Subplaner jederzeit für Rückfragen des Auftraggebers und zu Besprechungen mit dem Auftraggeber oder anderen Projektbeteiligten zur Verfügung stehen.

§ 11 Honorar

1. Der Auftragnehmer erhält gemäß Anlage 1 für alle in diesem Vertrag genannten Leistungen ein pauschales Honorar in Euro (netto):

a) Leistungsstufe 1:

- für Grundleistungen EUR,
- für Beratungs- und Besondere Leistungen EUR,
- für Optionale Leistungen EUR,

b) Leistungsstufe 2 (linear aufgeteilt auf Bauabschnitte):

- für Grundleistungen EUR,
- für Beratungs- und Besondere Leistungen EUR,
- für Optionale Leistungen EUR,

c) Leistungsstufe 3 (linear aufgeteilt auf Bauabschnitte):

- für Grundleistungen EUR,
- für Beratungs- und Besondere Leistungen EUR,
- für Optionale Leistungen EUR,

Mit den vorgenannten Honoraren werden sämtliche Tätigkeiten des Auftragnehmers und der von ihm eingesetzten Subplaner abgegolten. Sie ändern sich nicht, wenn sich der erbrachte Arbeitsaufwand anders darstellen sollte als bei Vertragsabschluss zugrunde gelegt.

2. Sämtliche Nebenkosten werden pauschal mit drei Prozent des Pauschalhonorar vergütet. In den Pauschalen enthalten sind die Kosten sämtlicher Vervielfältigungen von Plänen, Berechnungen, Rechnungen, Nachträgen, Terminplänen jeder Größe und erforderlicher Anzahl als Papier- und Mutterpausen sowie die Reisekosten. Plotkosten werden nicht erstattet.

3. Wenn und soweit der Auftragnehmer einzelne der in Anlage 2 aufgeführten Leistungen nicht erbringt, ist der darauf entfallende Honoraranteil entsprechend zu mindern, wenn der Auftragnehmer sie nicht auf entsprechende Aufforderung des Auftraggebers nacherfüllt. Einer Fristsetzung zur Nacherfüllung bedarf es dann nicht, wenn die verspätete Leistung für den Auftraggeber nicht mehr von Interesse ist oder wenn eine Nachholung nach Art der Leistung nicht in Betracht kommt. Für die vom Auftraggeber direkt in Auftrag gegebenen Leistungen der Entwurfsplanung kann der Auftragnehmer keine Vergütung verlangen. Diese hat der Auftraggeber unmittelbar an den Entwurfsplaner bezahlt.

4. Die Mitzuverarbeitende Bausubstanz und eventuelle Umbauzuschläge sind jeweils mit 0% festgelegt. Dies war dem Auftragnehmer zum Zeitpunkt der Angebotserstellung bereits bekannt und ist bei der Kalkulation seiner Honorare bereits berücksichtigt. Eine nachträgliche Geltendmachung somit ausgeschlossen.

5. Leistungen nach Zeithonorar können nur dann gefordert werden, wenn sie in diesem Vertrag vereinbart sind oder vor der Ausführung der jeweiligen Leistungen mit dem Auftraggeber gesondert schriftlich vereinbart worden sind. Hierzu ist der Zeitaufwand vor Beginn der entsprechenden Leistungen als Höchstbetrag zu bestimmen und dem Auftraggeber zur Genehmigung und zusätzlichen Beauftragung vorzulegen. Soweit Leistungen nach Zeithonorar abzurechnen sind gelten die Angaben aus **Anlage 1**.

Zeithonorare werden nach Stundenbelegen mit Leistungsnachweis berechnet. Abrechnungen haben jeweils zeitnah zum Monatsende eines Folgemonats für den vorangegangenen Monat zu erfolgen. Für Zeithonorare ist eine Erstattung der Nebenkosten ausgeschlossen.

8. Honorare für geänderte Leistungen bestimmen sich nach § 4 dieses Vertrages.

9. Der Auftragnehmer kann zusätzlich zu den vorstehenden Honoraren die jeweils geltende Umsatzsteuer in Rechnung stellen.

§ 12 Abrechnung und Zahlung; Sicherheitsleistung / Bürgschaften

1. Der Auftragnehmer erhält Abschlagszahlungen auf das Pauschalhonorar, wenn und soweit er nachvollziehbar darlegt, dass er die Leistungsstände vertragsgemäß erbracht hat. Zeithonorare sind nach den dafür vorgesehenen Regelungen abzurechnen.

2. Abschlagsrechnungen sind beim Auftraggeber einzureichen. Vertragsgemäß abgerechnete Beträge sind innerhalb von 21 Kalendertage nach Zugang einer prüfbaren Rechnung beim Auftragnehmer zu bezahlen.

3. Nach Abnahme sämtlicher Leistungen, inklusive Optionen der folgenden Stufen, des Auftragnehmers hat dieser seine Leistungen in einer prüffähigen Schlussrechnung abzurechnen. Die Schlussrechnung ist 30 Kalendertage nach Zugang der prüfbaren Rechnung beim Auftraggeber zur Zahlung fällig.

4. Der Auftragnehmer hat seine Rechnungen auf nachstehende Adresse auszuschreiben und an diese Adresse zu senden:

Mainova AG

Solmsstraße 38

60486 Frankfurt am Main

5. Abschlags- und Honorarschlusszahlungen können bargeldlos auf folgendes Konto des Auftragnehmers geleistet werden:

IBAN:,

BIC:

5. Sicherheitsleistung / Bürgschaften (Muster in **Anlagenkonvolut 6a-c**)

a) Der Auftraggeber ist berechtigt, Sicherheitsleistung zur

aa) Sicherstellung der vertragsgemäßen Ausführung der Leistung (**Vertragserfüllungsbürgschaft**) und

bb) zur Erfüllung der Mängelrechte (**Mängelrechtebürgschaft**) zu verlangen.

Die Sicherheitsleistung zur Sicherstellung der vertragsgemäßen Ausführung der Leistung beträgt 10 v.H. der Brutto-Auftragssumme (= Bestellscheinwert), die Sicherheitsleistung zur Erfüllung der Mängelbeseitigungsansprüche beträgt 5 v.H. der Brutto-Auftragssumme.

Sie kann durch Einbehalte des AG gegenüber den jeweiligen Rechnungen oder sonstigen Forderungen des AN erfolgen oder durch Stellung einer Bürgschaft gemäß dem jeweiligen Muster in **Anlagenkonvolut 6a-c**) durch den AN.

Sofern Anzahlungen oder Vorauszahlungen vereinbart werden, sind diese vom AN mit einer

cc) **Vorauszahlungsbürgschaft** nach Maßgabe dieses § 12 in Höhe von 100 v. H. der jeweiligen Zahlung abzusichern.

b) Dem Auftragnehmer steht das Recht zu, den Sicherheitseinbehalt gem. Ziffer 7. a), soweit dieser nicht verwertet ist, durch Stellung einer Bürgschaft nach deutschem Recht, welche der Sicherung der Ansprüche des Auftraggebers dient, soweit sie bis zur Abnahme entstanden sind, abzulösen. Die Sicherheitsleistung erfolgt in diesem Fall durch Stellung einer unbedingten, unwiderruflichen, unbefristeten und selbstschuldnerischen Bürgschaft (Vertragserfüllungsbürgschaft) einer Großbank, einer Sparkasse oder eines Kreditversicherers, jeweils mit allgemeinem Gerichtsstand gemäß § 12 ZPO im Inland,

entsprechend den Vorgaben der veröffentlichten Bürgschaftsformularen des AG (www.mainova.de/zentraleinkauf). Auf die Einreden der Aufrechnung gemäß §§ 770 und 771 BGB wird von dem Bürgen verzichtet; der Verzicht auf die Einrede der Aufrechenbarkeit gilt jedoch nicht für unstreitige oder rechts-kräftig festgestellte Gegenforderungen des Auftragnehmers. Der Verzicht des Bürgen auf die Einrede der Anfechtbarkeit gilt nicht für die Anfechtung nach § 123 BGB. Die Bürgschaftsforderung verjährt gemäß §§ 195, 199 BGB, nicht jedoch vor der gesicherten Hauptforderung. Der Auftragnehmer hat zudem die Möglichkeit, den Sicherheitseinbehalt sowie die Pflicht zur Stellung einer Vertragserfüllungs- bzw. Mängelrechtebürgschaft dadurch abzuwenden, dass er eine Sicherheitsleistung in gleicher Höhe auf ein Treuhand- oder Sperrkonto erbringt oder eine gleichwertige insolvenz sichere Sicherheitsleistung erbringt. gemäß §§ 195, 199 BGB, nicht jedoch vor der gesicherte Der Auftragnehmer hat zudem die Möglichkeit, den Sicherheitseinbehalt sowie die Pflicht zur Stellung einer Vertragserfüllungs- bzw. Mängelrechtebürgschaft dadurch abzuwenden, dass er eine Sicherheitsleistung in gleicher Höhe auf ein Treuhand- oder Sperrkonto erbringt oder eine gleichwertige insolvenz sichere Sicherheitsleistung erbringt.

c) Die Vertragserfüllungsbürgschaft bzw. der Sicherheitseinbehalt sind, soweit diese nicht verwertet sind oder noch offene, besicherte Ansprüche des AG, soweit sie bis zur Abnahme entstanden sind, bestehen, nach vollständiger Vertragserfüllung und Schlussabnahme herauszugeben/auszuzahlen.

d) Die Vertragserfüllungsbürgschaft sichert alle Ansprüche des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer wegen der Verletzung aller vom Auftragnehmer übernommenen Vertragspflichten nebst Vertragsstrafen, egal aus welchem Rechtsgrund, sämtlichst nebst Zinsen und Kostenersatzansprüchen, soweit sie bis zur Abnahme entstanden sind. Vom Sicherungszweck erfasst sind insbesondere Ansprüche des Auftraggebers wegen der Verletzung von Vertragspflichten durch den Auftragnehmer bis zur Abnahme, egal aus welchem Rechtsgrund, insbesondere Ansprüche auf vertragsgemäße Ausführung der Leistung einschließlich Abrechnung, Vertragsstrafe, Erstattung von Überzahlungen (soweit bis zur Abnahme geltend gemacht), Schadensersatzansprüche jeglicher Art, Pflichtverletzungen wegen Verschuldens bei Vertragsschluss und aus Abwicklungsverhältnissen (z. B. berechtigte Kündigung des Vertrages) und Erfüllung von Rückgriffs- und Freistellungsansprüchen des Auftragnehmer im Falle der Inanspruchnahme durch Dritte. Soweit Mängelansprüche abgesichert werden, haftet der Bürge nur für Ansprüche wegen Mängeln, die der AG bis zur Abnahme gerügt oder die der AG bei der Abnahme vorbehalten hat. Die Bürgschaft sichert keine Ansprüche wegen Mängeln, die der AG erstmals nach der Abnahme rügt.

e) Bei der Abnahme hat der AN dem AG eine Mängelrechtebürgschaft zu übergeben. Die Mängelrechtebürgschaft dient der Sicherung aller Ansprüche und Rechte des Auftraggebers wegen Sach- und Rechtsmängeln an den Leistungen des Auftragnehmers die der Auftraggeber nach der Abnahme erstmals rügt (d. h. nach Abnahme auftretender

Mängel und/oder bei der Abnahme vorliegender, jedoch nicht festgestellter und damit vom Auftraggeber im Abnahmezeitpunkt nicht vorbehaltenen Mängel). Ansprüche wegen Überzahlung des AN werden abgesichert, soweit der Auftraggeber diese erstmals nach der Abnahme geltend macht. Schadensersatzansprüche jeglicher Art werden abgedeckt, soweit sie nach der Abnahme entstanden sind. Rückgriffs- und Freistellungsansprüche des Auftraggebers werden im Falle seiner Inanspruchnahme durch Dritte nach der Abnahme bei pflichtwidrigem Verhalten des AN, von dessen Subunternehmern und/oder sonstigen nachgeschalteten Subunternehmern abgedeckt. Sämtliche Ansprüche werden nebst Zinsen und Kostenersatzansprüchen abgedeckt.

f) Der Auftraggeber hat eine nicht verwertete Sicherheit für Mängelansprüche, sofern keine gesicherten Ansprüche des Auftraggebers mehr bestehen, d.h. in der Regel nach Ablauf der vertraglichen Verjährungsfristen für Mängelansprüche, an den Auftragnehmer herauszugeben. Soweit jedoch zu diesem Zeitpunkt die geltend gemachten und berechtigten Ansprüche des Auftraggebers noch nicht erfüllt sind, darf er einen Teil der Sicherheit in Höhe des Doppelten der voraussichtlichen Mängelbeseitigungskosten zurückhalten.

g) Auf die Bürgschaftsverträge darf ausschließlich deutsches Recht anwendbar sein. Soweit gesetzlich zulässig, müssen sie als Gerichtsstand Frankfurt am Main bezeichnen.

Die vertraglich vereinbarten und zu verwendenden Bürgschaftsmuster sind im Anlagenkonvolut 5a-c zum Vertragsbestandteil gemacht.

§ 13 Allgemeine Pflichten des Auftraggebers

1. Der Auftraggeber fördert die Ausführungsplanung, Ausschreibung und Durchführung des Bauvorhabens und wird anstehende Entscheidungen innerhalb angemessener Zeit treffen. Der Auftraggeber wird die notwendigen Sonderfachleute nach Beratung durch den Auftragnehmer beauftragen.

2. Im Interesse eines reibungslosen Bauablaufs soll der Auftraggeber den am Bau Beteiligten Weisungen nur im Benehmen mit dem Auftragnehmer erteilen, soweit nicht Gefahr in Verzug ist.

3. Der Auftraggeber übergibt dem Auftragnehmer sämtliche das Bauvorhaben betreffende Rechnungen, soweit diese vom Auftragnehmer für die Vertragserfüllung, insbesondere für die Erstellung der prüffähigen Honorarrechnungen benötigt werden.

4. Der Auftraggeber verpflichtet sich nach entsprechender Beratung durch den Auftragnehmer die Leistungen der ausführenden Unternehmen abzunehmen, sobald die Voraussetzungen hierzu vorliegen.

§ 14 Abnahme

1. Der Auftraggeber nimmt die Vertragsleistung ab, sobald der Auftragnehmer sie insgesamt, nach Stufe 3, Leistungsphase 8, vertragsgemäß erbracht hat. Die Abnahme erfolgt förmlich (Protokoll).

2. Entfällt

§ 15 Rechte des Auftraggebers bei Mängeln und Pflichtverletzungen; Verjährung

1. Die Leistungen des Auftragnehmers sind mangelhaft, wenn sie nicht der vertraglich vereinbarten Beschaffenheit entsprechen. Planungsleistungen sind insbesondere dann mangelhaft, wenn sie nicht als Grundlage der Bauausführung geeignet sind. Leistungen der Bauüberwachung sind insbesondere dann mangelhaft, wenn das Bauwerk selbst nicht vertragsgemäß errichtet ist und dieser Mangel zugleich auf einer Pflichtverletzung des Auftragnehmers beruht. Ist das Bauwerk vertragsgerecht entstanden, so kann ein Mangel vorliegen, wenn der Auftragnehmer unbedingt geschuldete Leistungen nicht vollständig erbracht hat.

2. Ist die Leistung des Auftragnehmers mangelhaft, hat der Auftraggeber – auch vor Abnahme der Leistungen – folgende Rechte:

a) Der Auftraggeber kann Nacherfüllung verlangen. Er hat dem Auftragnehmer binnen angemessener Frist Gelegenheit zu geben, die Leistungen, insbesondere Pläne oder sonstige gegenständliche Leistungsergebnisse, vertragsgemäß herzustellen.

b) Der Auftraggeber kann wegen eines Mangels der Leistung den Mangel erst dann selbst beseitigen und Ersatz der erforderlichen Aufwendungen verlangen, wenn die dem Auftragnehmer gesetzte Frist zur Nacherfüllung fruchtlos verstrichen ist und der Auftragnehmer die Nacherfüllung nicht zu Recht verweigert. Gleiches gilt für die Minderung. Der Rücktritt ist ausgeschlossen. Die Kündigungsregelungen bleiben unberührt. Abweichend von vorstehendem Satz 1 hat der Auftraggeber ein sofortiges Beseitigungsrecht, wenn der Auftragnehmer die Mangelbeseitigung ernsthaft und endgültig verweigert oder wenn Gefahr in Verzug ist.

3. Erwächst dem Auftraggeber aus einer vom Auftragnehmer zu vertretende Pflichtverletzung ein Schaden, so hat der Auftragnehmer diesen Schaden nach den gesetzlichen Vorschriften zu ersetzen.

4. Der Auftraggeber ist nach Maßgabe des Folgenden verpflichtet, Ansprüche gegen den Auftragnehmer nachrangig geltend zu machen:

a) Beruhen die Ansprüche des Auftraggebers auf einem Überwachungsfehler des Auftragnehmers und zugleich auf einem Mangel der Leistung eines ausführenden Unternehmens, ist der Auftraggeber zunächst verpflichtet, das ausführende

Unternehmen in Anspruch zu nehmen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber alle zur Durchsetzung eventueller Rechte erforderlichen Informationen zu geben und ihm bei der Rechtsverfolgung behilflich zu sein.

b) Bestehen Ansprüche des Auftraggebers gegen solche Subplaner, die der Auftraggeber bestimmt hat, ist der Auftraggeber insoweit verpflichtet, diese zunächst in Anspruch zu nehmen. Der Auftragnehmer tritt dem Auftraggeber erfüllungshalber seiner Ansprüche gegen diese Subplaner ab.

5. Soweit die Rechte des Auftraggebers bei Mängeln und Pflichtverletzungen im Folgenden nicht geregelt sind, bestimmen sie sich nach den gesetzlichen Vorschriften. Insbesondere steht dem Auftragnehmer nach § 650t BGB im Falle einer gesamtschuldnerischen Haftung mit einem ausführenden Unternehmen ein Leistungsverweigerungsrecht zu, sofern der Auftraggeber dem ausführenden Unternehmen noch nicht erfolglos eine angemessene Frist zur Nacherfüllung gesetzt hat.

6. Für die Verjährung der Ansprüche gelten die gesetzlichen Regelungen.

§ 16 Haftpflichtversicherung

1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für die Dauer des Vertragsverhältnisses sowie für die gesamte Dauer seiner Verjährungsfrist von Mängelansprüchen eine ausreichende Berufs- bzw. Haftpflichtversicherung vorzuhalten. Die Versicherung muss insbesondere Schäden abdecken, die aus der Erbringung der vertraglich vereinbarten Leistungen resultieren, einschließlich echter Vermögensschäden.

Die Deckungssummen betragen je Schadensfalls:

Sach- und Personenschäden sowie daraus resultierende unechte Vermögensschäden: mindestens 10.000.000,00 EUR

Echte Vermögensschäden: mindestens 10.000.000,00 EUR.

Die vorgenannten Deckungssummen stehen zweifach maximiert pro Versicherungsjahr zur Verfügung.

Der Auftragnehmer hat spätestens mit Zuschlagserteilung einen Versicherungsnachweis vorzulegen, aus dem insbesondere Deckungssummen, Maximierung, Geltungsdauer und versicherte Risiken hervorgehen.

Auf Verlangen des Auftraggebers ist während der gesamten Vertrags- und Mängelzeit ein fortlaufender Nachweis vorzulegen.

2. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Versicherung während der gesamten Vertragslaufzeit und bis zum Ablauf der Verjährungsfrist für Mängelansprüche

unverändert aufrechtzuerhalten. Änderungen der Deckungssummen, Einschränkungen des Versicherungsumfangs oder Kündigungen der Versicherung sind dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

Der Auftragnehmer hat auf Verlangen des Auftraggebers den Versicherungsschutz im vereinbarten Umfang nachzuweisen. Weist der Auftragnehmer den Versicherungsschutz nicht innerhalb von zwei Wochen nach schriftlicher Aufforderung durch den Auftraggeber nach, ist der Auftraggeber zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund berechtigt.

§ 17 Beendigung des Vertrages, Kündigung

1. Der Auftraggeber kann den Vertrag jederzeit ohne Angabe von Gründen oder aus wichtigem Grund ganz oder teilweise in der Weise beenden, dass er bereits abgerufene Leistungen kündigt oder künftige, noch nicht abgerufene Leistungen nicht abrufen (Beendigung). Daneben sind der Auftragnehmer und der Auftraggeber zur Kündigung des Vertrags nur aus wichtigem Grunde berechtigt (§ 648a BGB).

2. Entfällt

3. Beendet der Auftraggeber den Vertrag und nimmt er ganz oder teilweise Abstand von dem Bauvorhaben, hat der Auftragnehmer Anspruch auf Vergütung nach Maßgabe des Folgenden:

a) Vertragsgemäß erbrachte Leistungen werden nach Maßgabe dieses Vertrages vergütet.

b) Für noch nicht erbrachte Leistungen erhält der Auftragnehmer Honorar nach Maßgabe von § 648 BGB, wenn diese Leistungen vor Beendigung bereits beauftragt wurden.

4. Beendet der Auftraggeber den Vertrag aus wichtigem Grund, hat der Auftragnehmer Anspruch auf Vergütung der bis dahin vertragsgemäß erbrachten Leistungen. Er hat keinen Anspruch auf Vergütung für nicht erbrachte Leistungen. Es bleibt dem Auftraggeber unbenommen, Rechte wegen Mängeln oder Pflichtverletzungen geltend zu machen.

5. Kündigt der Auftragnehmer aus wichtigem Grund, so werden die bis dahin vertragsgemäß und abnahmefähig geleisteten Arbeiten vergütet. Der Auftragnehmer erhält darüber hinaus für noch nicht erbrachte Leistungen die vereinbarte Vergütung abzüglich ersparter Aufwendungen, die pauschal mit 80 Prozent bestimmt werden, sofern der Auftraggeber nicht höhere ersparte Aufwendungen nachweisen kann. Es bleibt dem Auftragnehmer unbenommen, Rechte wegen Pflichtverletzungen geltend zu machen.

6. Beendigung und Kündigung (§ 650h BGB) bedürfen der Schriftform. Im Falle einer Kündigung aus wichtigem Grund sind die maßgeblichen tatsächlichen Umstände

darzulegen. Erfolgt dies trotz schriftlicher Mahnung nicht innerhalb einer zu setzenden angemessenen Frist, sind sie unwirksam.

7. Ist der Vertrag beendet bzw. gekündigt, haben beide Parteien seine Abwicklung nach Möglichkeit zu fördern. Dem Interesse einer Partei an Maßnahmen zur Beweissicherung haben sie Rechnung zu tragen und die nötigen Auskünfte zu erteilen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet seine Arbeiten abzuschließen und deren bisherigen Ergebnisse auf eine Weise zu ordnen, die eine Übernahme und Fortführung der Vertragsleistung durch einen Dritten ohne unangemessene Schwierigkeiten möglich macht. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die zur Fortsetzung der Arbeiten erforderlichen Unterlagen unverzüglich an den Auftraggeber herauszugeben. Diese Unterlagen werden Eigentum des Auftraggebers. Diese Unterlagen sind in herkömmlicher, üblicher Form und zusätzlich – soweit mit EDV erarbeitet – auf Datenträgern zu übergeben. Der Auftragnehmer kann daran ein Zurückbehaltungsrecht ausüben. Der Auftraggeber kann die Ausübung des Zurückbehaltungsrechtes durch Sicherheitsleistung in Höhe des Betrages abwenden, den der Auftragnehmer für die noch nicht vergüteten Leistungen des Auftragnehmers fordert. Der Auftragnehmer ist dem Auftraggeber zum Ersatz des ihm entstehenden Schadens verpflichtet, der ihm durch diese Forderung entsteht, wenn und soweit sich später herausstellt, dass die Honorarforderung des Auftragnehmers zu hoch war. Im Fall der vorzeitigen Beendigung dieses Vertrages – gleich aus welchem Grund – hat.

Zur Feststellung des Leistungsstandes wird auf § 648a IV BGB verwiesen; dieser findet auf alle Fälle der Beendigung und Kündigung des Vertrages Anwendung.

§ 18 Urheberrechte und Schutzrechte Dritter

1. Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber das ausschließliche, unwiderrufliche und unbeschränkte Recht ein, Planungen und Unterlagen (in verkörperter wie in elektronischer Form) sowie sämtliche sonstigen Leistungen, die der Auftragnehmer bei der Ausführung der Vertragsleistung für das Bauvorhaben erbringt, ganz oder teilweise ohne Mitwirkung des Auftragnehmers zu nutzen, zu ändern und zu verwerten. Dies gilt insbesondere auch bei einer vorzeitigen Beendigung dieses Vertrags. Das eingeräumte Recht kann vom Auftraggeber auf Dritte übertragen werden und umfasst insbesondere die Befugnis zur Änderung, Nutzung oder Verwertung des nach den Plänen des Auftragnehmers errichteten Bauwerks sowie zu seiner Veröffentlichung und der Unterlagen oder Modellen unter Namensangabe des Auftragnehmers oder eines von ihm beauftragten Subunternehmer.

2. Soweit der Auftragnehmer die Ausführung der Vertragsleistung oder Teile davon auf Subunternehmer überträgt, garantiert er dem Auftraggeber auch an ihren urheberrechtlich geschützten Leistungen das uneingeschränkte Nutzungs-,

Verwertungs- und Änderungsrecht, und zwar auch für den Fall vorzeitiger Vertragsbeendigung. § 18 Ziff. 1 dieses Vertrages gilt entsprechend.

3. Die Urheberpersönlichkeitsrechte des Auftragnehmers und seiner Subunternehmer bleiben durch die Übertragung von Nutzungs-, Verwertungs- und Änderungsrechten unberührt.

4. Der Auftragnehmer garantiert, dass alle Leistungen, die er oder seine Subunternehmer im Rahmen dieses Vertrags erbringen, frei von Rechten Dritter sind und stellt den Auftraggeber von möglichen Ansprüchen Dritter wegen Verletzung von Urheber- und Leistungsschutzrechten oder sonstigen Rechten frei.

5. Mit dem vereinbarten Honorar sind sämtliche Ansprüche des Auftragnehmers im Zusammenhang mit der Übertragung der Verwertungs-, Nutzungs- und Änderungsrechte an für das Bauvorhaben erstellten Unterlagen und erbrachten Leistungen abgegolten.

§ 19 Sicherungshypothek

Macht der Auftragnehmer den Anspruch aus § 650e BGB geltend, kann der Auftraggeber – anstelle der Einräumung einer Sicherungshypothek oder Vormerkung – wahlweise auch Sicherheit durch Stellung einer Bankbürgschaft leisten. Eine etwa bereits zugunsten des Auftragnehmers eingetragene Vormerkung oder Sicherungshypothek kann der Auftraggeber jederzeit durch Bankbürgschaft ablösen.

§ 20 Schlussbestimmungen

1. Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen. Auf die in § 4 Ziff. 2 und 5 dieses Vertrages vereinbarte Schriftform wird hingewiesen. Im Übrigen ist aus Beweisgründen für Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrags die Schriftform zu wählen.

2. Es gilt deutsches Recht.

3. Gerichtsstand für Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist im kaufmännischen Geschäftsverkehr: Frankfurt am Main.

Anlagenverzeichnis

(Anlage 1) das Honorarkalkulationsblatt

(Anlage 2) Entwurfsplanungen

(Anlage 3) Projekt- und Leistungsbeschreibung: **Mainova – GLS 280 – Planungsleistungen Infrastruktur und Außenanlagen**

(Anlage 4) Schnittstellenmatrix

(Anlage 5) Terminplan vom Büro BCL und KuK, Stand 28.05.2026, Index N

(Anlagenkonvolut 6a-c) Musterbürgschaften Vorauszahlung, Vertragserfüllung, Mängelrechte),

(Anlage 7) Behördliche Auflagen / / Planungsvorgaben Mainova

(Anlage 8) Sicherheitsvorschriften Mainova

(Anlage 9) Mainova CAFM /CAD-Dokumentationsrichtlinie, Version 1, Stand 01.05.2025 inkl. Musterdateien